

## **Skriptum zur Fortbildung *„Diversität im Klassenzimmer“***

**Schulinterne LehrerInnenfortbildung  
ZusammenReden 2015**

## Inhaltsverzeichnis

1. Diversität, Identität und Zusammenleben .....	3
1.1. Identität .....	4
2. Vorurteile und Diskriminierung .....	5
2.1. Rassismus.....	6
2.2. Sexismus.....	7
2.3. Rechtliche Grundlagen .....	9
3. Flucht und Asyl .....	11
4. Menschenrechte .....	14
4.1. Menschenrechtsbildung .....	15

## 1. Diversität, Identität und Zusammenleben

Dass wir in einer diversen und bunten Welt leben, ist kein neues Phänomen. Immer schon lebten unterschiedlichste Menschen zusammen, die sich aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer sexuellen Orientierung etc. unterscheiden. Wenn heute von Diversität, Identität und Zusammenleben gesprochen wird, fällt schnell einmal der Begriff „Kultur“. Es ist die Rede vom Zusammenleben unterschiedlicher „Kulturen“ – was für die einen eine Bereicherung, für die anderen eine Bedrohung darstellt. Aber was bedeutet Kultur eigentlich? Spielt sie wirklich eine so wichtige Rolle? Wer oder was könnte dadurch bedroht oder bereichert werden? Wie entstehen individuelle und kollektive Identitäten und was bedeutet all dies für das Zusammenleben?

Diversität und Identität sollen dabei nicht auf vermeintlich unveränderbare „kulturelle“ Merkmale reduziert werden, sondern in ihrer individuellen Vielfalt betrachtet und hinterfragt werden – handelt es sich doch um soziale Konstruktionen, die von Menschen gemacht und daher auch von Menschen veränderbar und gestaltbar sind. Probleme im Zusammenleben, die sich überall dort ergeben, wo Menschen zusammenkommen, sollen nicht auf „die Kultur“ geschoben werden, da dies unweigerlich zu falschen Schlüssen und Vorurteilen führt. Im Gegenteil, Ziel ist es vielmehr, gemeinsam zu analysieren, was eigentlich wirklich dahintersteckt, wenn wir vorschnell mit Sätzen aufwarten wie: „Das ist eben so in ihrer/seiner Kultur“.

Multikulturelle Ansätze gehen meist von der Vorstellung aus, es gebe einzelne Partialkulturen innerhalb einer Gesellschaft, die wie Kugeln oder Inseln voneinander abgeschlossen – und daher für manche nicht miteinander vereinbar – sind. Diese Sichtweise fördert eher die Entstehung von Ghettos als das Zusammenleben. Teilweise wird gar das multikulturelle Ghetto als solches zum Ideal hochstilisiert.<sup>1</sup> Die verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft werden sodann eigenen „Zuständigen“ zugeordnet, wodurch Teile der Bevölkerung aus der eigenen politischen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Für „die Muslime“ ist dann nur mehr die Islamische Glaubensgemeinschaft zuständig, für „die Türken“ die türkische Botschaft usw.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Wolfgang Welsch: Was ist eigentlich Transkulturalität? In: Lucyna Darowska, Claudia Machold, Thomas Lüttenberg (Hg.): Hochschule als transkultureller Raum? Beiträge zu Kultur, Bildung und Differenz. Bielefeld: 2009. Verfügbar unter: [http://www2.uni-jena.de/welsch/papers/W\\_Welsch\\_Was\\_ist\\_Transkulturalit%C3%A4t.pdf](http://www2.uni-jena.de/welsch/papers/W_Welsch_Was_ist_Transkulturalit%C3%A4t.pdf), S. 7, 18.01.2016.

<sup>2</sup> Vgl. Thomas Schmidinger: Migration zwischen Gleichheit und Differenz. In: Michael Rosecker, Bernhard Müller (Hg.): Gleichheit. Fragen der Identität, Ähnlichkeit, Vielfalt und Differenz. Wiener Neustadt: 2007, S. 186.

Letztendlich führt das Konzept des Multikulturalismus dazu, dass sich auch die Migrations- und Integrationsdebatte in erster Linie auf religiöse und kulturelle Differenzen bezieht und soziale und ökonomische Fragestellungen verdeckt. Es kommt zu einer Kulturalisierung, im Zuge derer Klassenfragen als Kulturfragen verkauft und als ethnisch bedingte „Integrationsprobleme“ klassifiziert werden. Dies ist umso absurder, da „Kultur“ [...] nie die Eigenschaft eines Kollektivs, sondern immer eine individueller Lebensgewohnheiten, Resultat von Sozialisation, persönlicher Vorlieben und Lebensgeschichten“<sup>3</sup> ist. Die Entstehung von individuellen und kollektiven Identitäten zu hinterfragen ist daher ein erster Schritt, um das konstruktive Zusammenleben und die gesamtgesellschaftliche Integration zu fördern.

## 1.1. Identität

Identität wird im Allgemeinen als Selbstverständnis einer Person oder Gruppe definiert, welches eine dauerhafte innere Einheit und Stabilität garantiert. Man unterscheidet zwischen individueller und kollektiver Identität; letztere betrifft zum Beispiel Großgruppen wie Interessengruppen, Religionsgemeinschaften, Ethnien oder Nationen.<sup>4</sup> So wichtig Identitäten auch sind, so zerstörerisch können sie manchmal sein, wie der französisch-libanesische Autor Amin Maalouf warnt. Er nennt das übersteigerte Festhalten an einer einzigen (nationalen, religiösen, „kulturellen“,...) Zugehörigkeit „Identitäten, die umbringen“ (*identités meurtrières*).<sup>5</sup> Im Namen dieser „mörderischen Identitäten“ würden sowohl symbolische und psychologische als auch bewaffnete Kriege geführt. Deshalb müsse erkannt werden, dass jede Identität eine individuelle sei, die sich in manchen Bereichen mit anderen überschneidet, aber niemals zur Gänze deckt, und die sich auch stets ändern kann.

Zur „kulturellen“ Identität meint Wolfgang Welsch, dass ein großer Teil der Menschen heute „durch mehrere kulturelle Herkunft und Verbindungen bestimmt [ist]. Wir sind kulturelle Mischlinge. Die kulturelle Identität der heutigen Individuen ist eine Patchwork-Identität.“<sup>6</sup> Deshalb plädiert er für das Konzept der Transkulturalität, welches Kulturverständnisse anstrebt, „deren pragmatische Leistungen nicht in Ausgrenzung, sondern Integration bestehen. [...] Eine derartige Integration zielt nicht auf die erneute Erzeugung einer

---

<sup>3</sup> Ebd., S. 184.

<sup>4</sup> Vgl. Günter Rieger: Identität. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, München: 2010, S. 381.

<sup>5</sup> Vgl. Amin Maalouf: Identidades Asesinas, Madrid: 2008.

<sup>6</sup> Welsch 2009, S. 5.

*Standardidentität, sondern auf die gleichzeitige Anerkennung unterschiedlicher Identitätsformen innerhalb der Gesellschaft“* ab, wobei diese einzelnen Identitäten durch Überschneidungen, Überlappungen und Verbindungen gekennzeichnet sind.<sup>7</sup>

Jeder Mensch verfügt (bewusst oder unbewusst) über verschiedene Identitäten, die kontextgebunden sind und sich aus verschiedenen Komponenten zusammensetzen, die je nach Situation mehr oder weniger in den Vordergrund rücken. Zu diesen Komponenten zählen unter anderem Alter, Geschlecht, Herkunft, körperliche Merkmale, sexuelle Orientierung, (nicht)religiöse Prägung, Familiensituation, Arbeit, Hobbies und vieles mehr.

Wichtig zu erkennen ist, dass jeder Mensch einzigartig und doch ähnlich ist und Grundwerte wie gegenseitiger Respekt, Antidiskriminierung, gleiche Rechte und Chancen für alle die Basis des Zusammenlebens in einer Gesellschaft darstellen.

## 2. Vorurteile und Diskriminierung

Laut dem Kasseler „Institut für Interkulturelle Kompetenz und Didaktik“ entstehen Vorurteile dann, *„wenn die verallgemeinerten Eindrücke mit Emotionen besetzt werden. Das Vorurteil beruht im Gegensatz zu Stereotypen nicht auf Erfahrung und Wahrnehmung, sondern auf einer meist wenig reflektierten Meinung und ist somit ein vorab gewertetes Urteil. Vorurteile sind meist negativ behaftet und durch ihre Komplexität und Vielfältigkeit schwer aufzuheben.“*<sup>8</sup> Vorurteile seien *„das Resultat eines Bedürfnisses, Komplexität zu vereinfachen“*, meint der Politikwissenschaftler Anton Pelinka. Jedoch könne die Beschäftigung mit Vorurteilen *„nicht Kampf gegen Vorurteile schlechthin heißen – das käme einem Kampf mit Windmühlflügeln [sic!] gleich; sondern einer ständigen Aufforderung (...): die eigenen – vermeintlichen – Urteile in ihren gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu erkennen. Es ist das mühsame Bohren dicker und harter Bretter – mit Leidenschaft und mit Augenmaß.“*<sup>9</sup>

Warum es auch gesellschaftspolitisch höchst wichtig ist, Vorurteile zu widerlegen, beschreibt Klaus-Peter Hufer im Lexikon der politischen Bildung eindrücklich: *„Vorurteile entlasten. Sie schaffen eine Feindwelt, die für einzelne und große Gruppen der Bevölkerung*

---

<sup>7</sup> Wolfgang Welsch: Transkulturalität – die veränderte Verfassung heutiger Kulturen. Ein Diskurs mit Johann Gottfried Herder. Thüringen: 1994. Verfügbar unter: [http://via-regia.org/bibliothek/pdf/heft20/welsch\\_transkulti.pdf?PHPSESSID=ebbljigni2rr6t3ip9ebda8ks5](http://via-regia.org/bibliothek/pdf/heft20/welsch_transkulti.pdf?PHPSESSID=ebbljigni2rr6t3ip9ebda8ks5), S. 17, 18.01.2016.

<sup>8</sup> Institut für Interkulturelle Kompetenz und Didaktik: <http://www.ikud.de/Stereotyp-und-Vorurteil.html>, 18.01.2016.

<sup>9</sup> Anton Pelinka, zit. n.: Sir Peter Ustinov Institut: <http://www.ustinov.at/das-institut/vorurteile/>, 18.01.2016.

*als eine krisenhaft empfundene Wirklichkeit – auf Kosten von Fremden, Außenseitern und Minderheiten – erträglicher macht. Für persönliche und gesellschaftliche Schwierigkeiten, für Zukunftsangst und ökonomische Krisen werden Sündenböcke verantwortlich gemacht und die anderen, die Fremden, die Ausländer etc. als vermeintlich Schuldige attackiert. Besonders wichtig für die politische Bildung: Vorurteile stabilisieren auch Herrschaft, lenken ab von den wahren Ursachen gesellschaftlicher Missstände – und von den Verursachern. Aus Vorurteilen werden Geschichtslügen gemacht und Ideologien gezimmert, weshalb man Ideologie auch als Herrschaft des Vorurteils bezeichnet hat. Vorurteile sind bequemes Nicht-denken-Müssen und Nicht-denken-Wollen in unbequemer Lage und Zeit, immun gegenüber Tatsachen und Argumenten (...).“<sup>10</sup>*

Oft kursieren Vorurteile auf Kosten von unterprivilegierten Gruppen wie MigrantInnen, AsylwerberInnen, ethnischen / religiösen / sprachlichen Minderheiten etc. – dies führt häufig zu Exklusion und rassistischer Diskriminierung dieser Gruppen.

## **2.1. Rassismus**

Rassismus baut auf Diskriminierung und Vorurteilen auf. Es gibt viele verschiedene Definitionen des Begriffs, je nachdem, ob eine enge oder eine weite Auslegung vorgenommen wird. Eine sehr gebräuchliche Definition stammt vom französischen Soziologen Albert Memmi: *„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.“*<sup>11</sup>

In seiner engen Bedeutung ist Rassismus eine Ideologie, die soziale Phänomene aufgrund von pseudo-biologischen Analogieschlüssen zu erklären sucht.<sup>12</sup> Dieses klassische Konzept war vorherrschend in der Epoche des europäischen Kolonialismus und Imperialismus bis nach dem Zweiten Weltkrieg und diente vor allem der Rechtfertigung kolonialistischer Praktiken.

Aus dieser engen Definition entwickelte sich ein Rassismusbegriff in einem „weiteren Sinne“, der sich nicht mehr auf körperliche Merkmale beschränkt, sondern auf kulturelle,

---

<sup>10</sup> Klaus-Peter Hufer, 1999, zit. n.: Sir Peter Ustinov Institut: <http://www.ustinov.at/das-institut/vorurteile/>, 18.01.2016.

<sup>11</sup> Albert Memmi: Rassismus, Frankfurt a.M.: 1992, S. 164.

<sup>12</sup> Vgl. Günter Rieger: Rassismus. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, München: 1995, S. 497-504.

psychologische, soziale oder metaphysische Argumente stützt. Diese Neo-Rassismen begreifen Menschengruppen als Abstammungs- und Herkunftsgemeinschaften, denen kollektive Merkmale zugeschrieben werden.<sup>13</sup> Dafür werden auch immer seltener biologistische, sondern immer öfter kulturalistische Argumente aufgebracht. Etienne Balibar schreibt vom „Rassismus ohne Rassen“, der die Unaufhebbarkeit angeblicher kultureller Unterschiede zunehmend an die Stelle von biologisch vererbten Merkmalen setzt.<sup>14</sup> Charakteristisch ist, dass diese kulturellen Merkmale als nicht oder nur schwer veränderbar aufgefasst und implizit oder explizit bewertet – bzw. abgewertet – werden.

Der grundlegende Mechanismus ist in jedem Fall, dass Unterschiede zwischen Menschen(gruppen) konstruiert und verallgemeinert werden. Zentral dabei ist weiters, dass diesen Unterschieden immer eine Bewertung bzw. Abwertung innewohnt, mittels derer Privilegien und/oder Aggressionen gerechtfertigt werden.

Ein wichtiges Dokument gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung ist die 1965 von der UNO-Generalversammlung verabschiedete Antirassismus-Konvention: Sie verbietet jede auf der Rasse, Hautfarbe, Abstammung, nationalen oder ethnischen Herkunft beruhende Unterscheidung, die eine Einschränkung irgendeines Menschenrechts zum Ziel oder zur Folge hat.<sup>15</sup> Zurzeit gibt es 177 Vertragsstaaten<sup>16</sup>, die sich dazu verpflichten, jede Form der Diskriminierung aufgrund der oben genannten Merkmale zu bekämpfen.

## 2.2. Sexismus

Der Begriff Sexismus wurde durch die Frauenbewegung in den 1960er Jahren geprägt und bedeutet die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. Es gibt sehr viele Formen, in denen sich Sexismus zeigt: Dies kann eine Belästigung durch eine Bemerkung sein (z.B. „Frauen sagen Nein und meinen Ja“), durch Witze, die gegen ein bestimmtes Geschlecht gerichtet sind, oder durch sexistische Plakate (z.B. wenn nackte Frauenkörper gezeigt werden statt dem Produkt, das beworben wird).

---

<sup>13</sup> Vgl. Informationsplattform humanrights.ch:

<http://www.humanrights.ch/de/Themendossiers/Rassismus/Begriff/index.html>, 18.01.2016.

<sup>14</sup> Vgl. Etienne Balibar: Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In: Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg: 1992, S. 23-38.

<sup>15</sup> Vgl. United Nations Treaty Collection: [http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=IV-2&chapter=4&lang=en](http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-2&chapter=4&lang=en), 18.01.2016.

<sup>16</sup> Stand: 28.01.2016.

Insbesondere in der Werbung werden oftmals sexistische Klischees und Rollenbilder herangezogen, um auf Kosten bestimmter Personengruppen Aufmerksamkeit für das eigene Produkt zu erwirken. Die Werbewatchgroup Wien definiert sexistische Werbung als *„Darstellung von geschlechterbezogenen Vorurteilen und Verhaltensweisen, die eine Personengruppe (z.B. Frauen, Männer, Transgender, Homosexuelle) gegenüber einer anderen sozial abwertet. Menschenrechtlich betrachtet sind Abwertungen oder Stereotypisierungen von Frauen in Medien und Werbung eine ausdrückliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.“*<sup>17</sup>

Dabei stützt sich Sexismus auf die Vorstellung einer zweigeschlechtlichen Gesellschaft, in der heterosexuelle Männer bzw. Frauen als Norm angesehen werden. In einem System der Zweigeschlechtlichkeit sind Menschen von klein auf gefordert, sich eindeutig als weiblich oder männlich zu präsentieren und sich dabei an den gesellschaftlichen Bildern von Weiblichkeit und Männlichkeit zu orientieren. Diese sind beeinflusst durch gesellschaftliche Normen, durch Stereotype (eingebürgerte Vorstellungen, Klischees und Vorurteile), durch Alltagstheorien (auf Stereotypen beruhende vereinfachte und wissenschaftlich nicht begründete Erklärungsmuster) und durch soziale Praktiken (wie Kleidung, Körpersprache, Körperhaltung, die Art zu sprechen oder nicht zu sprechen etc.).<sup>18</sup> Dazu zählt auch die Normalisierung von Heterosexualität und gleichzeitige Abwertung anderer Formen geschlechtlicher Identität bzw. sexueller Orientierung.<sup>19</sup> Menschen, die irgendwie „anders“ sind, werden infolgedessen oftmals in der Schule, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum etc. diskriminiert.<sup>20</sup>

Auf gesellschaftlicher Ebene wird diese Ordnung mit dem Begriff Geschlechterverhältnis bezeichnet. Dieser Ebene ist meist ein hierarchisches Verhältnis inhärent; mit der Normalisierung von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität geht eine strukturelle Privilegierung von (heterosexuellen) Männern einher, die Frauen, Homo- und Transsexuelle, Transgender, Intersex etc. benachteiligt.

---

<sup>17</sup> Werbewatchgroup Wien gegen sexistische Werbung: <http://www.werbewatchgroup-wien.at/was-ist-sexistische-werbung>, 18.01.2016.

<sup>18</sup> Vgl. BMUK (2009): Geschlechtssensible Pädagogik. Wien, unter: [https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/ba/leitfaden\\_bakip\\_09\\_15545.pdf?4dzgm2](https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/ba/leitfaden_bakip_09_15545.pdf?4dzgm2), 18.01.2016.

<sup>19</sup> Nützliche Informationen und Tipps zum Thema sexuelle Orientierung und Jugendliche finden sich in: Sexuelle Orientierung. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Themenheft Diskriminierung. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin 2011.

<sup>20</sup> Siehe dazu auch: „Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho?“. Geschlechterrollen im Wandel. Themenheft Diskriminierung. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Berlin 2012.



So verdienen Frauen bspw. immer noch deutlich weniger als Männer. Gemäß dem von Eurostat publizierten „Gender Pay Gap“ beträgt der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft in Österreich 23,0 % (2013).<sup>21</sup> Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten zählt Österreich zu den Ländern mit den größten geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschieden. Ein Teil des „Gender Pay Gap“ (38%)<sup>22</sup> beruht auf der branchen- und berufsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, wonach Frauen und Männer in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen und Berufen tätig sind. Frauen arbeiten nach wie vor öfter in schlechter bezahlten Dienstleistungsberufen und in Branchen mit geringeren Verdienstmöglichkeiten, während Männer häufiger in besser bezahlten technischen Berufen und Führungspositionen zu finden sind. Unterschiede betreffend das Ausbildungsniveau, das Alter, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags tragen ebenfalls zur Erklärung bei. Es bestehen also gravierende Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, die trotz der Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ nicht (vollständig) beseitigt sind.

Aber nicht nur gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit ist als Rechtsanspruch im Gesetz<sup>23</sup> verankert, auch ist es bspw. verboten und rechtlich einklagbar, wenn jemandem trotz Qualifizierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung die Anstellung verweigert wird. Frauen und Männer müssen zudem beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen gleichbehandelt werden.<sup>24</sup>

## 2.3. Rechtliche Grundlagen

Gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung gibt es zahlreiche rechtliche Instrumente auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Rechte des Einzelnen zum Schutz vor Diskriminierung sind in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie den im Jahr 2000 verabschiedeten Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien verankert. Dazu gehört die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der „Rasse“ sowie die Richtlinie zur Gleichbehandlung

---

<sup>21</sup> Vgl. Statistik Austria: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/gender-statistik/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/index.html), 18.01.2016.

<sup>22</sup> Vgl. Statistik Austria: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html), 18.01.2016.

<sup>23</sup> Vgl. Presseunterlage der BMASK (2010): [http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/1/1/CH0023/CMS1275462448724/hintergrundpapier\\_einigung\\_sozialpartner\\_2juni\\_8uhr.pdf](http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/1/1/CH0023/CMS1275462448724/hintergrundpapier_einigung_sozialpartner_2juni_8uhr.pdf), 18.01.2016.

<sup>24</sup> Gleichbehandlungsanwaltschaft: <http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at/site/6441/default.aspx>, 28.01.2016.

in Beschäftigung und Beruf.<sup>25</sup> Einklagbar sind Diskriminierungen aus Gründen der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechtes, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung.

Das österreichische Gleichbehandlungsgesetz unterscheidet zwischen unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung.<sup>26</sup> Unmittelbare Diskriminierung (§ 19 (1) GIBG) liegt dann vor, wenn *„eine Person aufgrund eines bestimmten Merkmals (z.B. aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen Herkunft, einer Behinderung, ihres Geschlechtes,...) in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person erfährt, erfahren hat oder erfahren würde.“*<sup>27</sup> Mittelbare Diskriminierung (§ 19 (2) GIBG) liegt dann vor, *„wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen, die einer ethnischen Gruppe angehören, oder Personen mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung, eines bestimmten Alters oder mit einer bestimmten sexuellen Orientierung gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und die Mittel sind zur Erreichung dieses Zieles angemessen und erforderlich.“*<sup>28</sup> In diesem Zusammenhang wird auch der Tatbestand der Belästigung (§ 21 und § 35 GIBG) erläutert: Belästigung stellt eine Form der Diskriminierung dar und liegt dann vor, wenn jemand eine Handlungsweise setzt, die für die Person unerwünscht, unangebracht oder anstößig ist, die Würde der Person verletzt und *„ein einschüchterndes, feindseliges, entwürdigendes, beleidigendes oder demütigendes Umfeld für die betroffene Person“* schafft.<sup>29</sup> Zudem gibt es den Tatbestand der Viktimisierung / Benachteiligungsverbot (§ 27 GIBG), welche Personen schützt, die in einen Fall von Diskriminierung entweder als Betroffene oder als ZeugInnen involviert waren.

Zusätzlich verfügt jedes Bundesland über ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz – in Niederösterreich ist dieses seit 30. April 2005 in Kraft. Es verbietet Diskriminierung aus den oben genannten Gründen beim Zugang zur selbständigen Berufsausübung, beim Zugang

---

<sup>25</sup> Vgl. „Handbuch zum Europäischen Antidiskriminierungsrecht“, Grundrechteagentur:  
[http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/1510-FRA-CASE-LAW-HANDBOOK\\_DE.pdf](http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/1510-FRA-CASE-LAW-HANDBOOK_DE.pdf), 18.01.2016.

<sup>26</sup> Vgl. Bundesgesetz über die Gleichbehandlung (Gleichbehandlungsgesetz - GIBG):  
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003395>, 18.01.2016.

<sup>27</sup> Vgl. Das Diskriminierungsverbot, ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit:  
<http://www.zara.or.at/index.php/beratung/rechtliches/das-diskriminierungsverbot>, 18.01.2016.

<sup>28</sup> Vgl. §19(2), Bundesgesetz über die Gleichbehandlung (Gleichbehandlungsgesetz - GIBG):  
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003395>, 18.01.2016.

<sup>29</sup> Ebd. §35 (1).

zur Berufsberatung, -ausbildung, beruflicher Weiterbildung und Umschulung und der Mitwirkung / Mitgliedschaft in Berufsvertretungen.<sup>30</sup>

Darüber hinaus gilt in den Bereichen Sozialschutz, soziale Vergünstigungen und Bildung ein explizites Diskriminierungsverbot aufgrund der ethnischen Herkunft. Beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, gelten ausdrückliche Diskriminierungsverbote aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit und – seit Februar 2008 – auch aufgrund des Geschlechts.<sup>31</sup>

Die Niederösterreichische Antidiskriminierungsstelle bietet Informationen und Unterstützung. Auf Bundesebene berät, informiert und unterstützt die Gleichbehandlungsanwaltschaft Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Des Weiteren sind der Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit (ZARA) sowie der Klagsverband wichtige Anlauf- und Dokumentationsstellen.

### 3. Flucht und Asyl

Flüchtlinge, AsylwerberInnen, MigrantInnen – darüber wird viel gesprochen, aber was bedeuten diese Begriffe eigentlich wirklich?

Der Begriff „Flüchtling“ ist aus dem internationalen Flüchtlingsrecht heraus zu verstehen. Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951<sup>32</sup> samt ihrem ergänzenden Protokoll von 1967 hat im Auftrag der Vereinten Nationen festgelegt, wer als Flüchtling gilt, um den Betroffenen einen rechtlichen Schutzrahmen bieten zu können. Ein Flüchtling ist laut GFK-Definition eine Person, die sich außerhalb ihres Heimatstaates aufhält, da ihr dort aufgrund ihrer „Rasse“<sup>33</sup>, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe Verfolgung und die Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit droht und die staatlichen Organe die Einhaltung der Menschenrechte nicht

---

<sup>30</sup> Vgl. Land Niederösterreich, Gleichbehandlung/Antidiskriminierung: <http://www.noel.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Gleichbehandlung-Antidiskriminierung/Antidiskriminierung.html#133725>, 18.01.2016.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Vgl. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951: <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/refworld/rwmain/opendocpdf.pdf?reldoc=y&docid=48ce50912>, 18.01.2016.

<sup>33</sup> Die Verwendung des „Rasse“-Begriffes in dieser Definition ist aus dem Kontext der Zeit heraus zu verstehen und zu kritisieren. Der Begriff ist aufgrund seiner Funktion, Menschen in „höherwertige“ und „minderwertige“ Personengruppen einzuteilen, in höchstem Maße hinterfragenswert und ist mittlerweile als überholtes Konzept anzusehen. In der UNESCO-Erklärung aus dem Jahr 1995 wird dem auch Rechnung getragen. Vgl. Erklärung über „Rassen“ und rassistische Vorurteile: [http://www.unesco.de/erklaerung\\_rassist\\_vorurteile.html](http://www.unesco.de/erklaerung_rassist_vorurteile.html), 18.01.2016.

gewährleisten können. Bis dato sind insgesamt 147 Staaten<sup>34</sup> der Genfer Flüchtlingskonvention und/oder dem Protokoll von 1967 beigetreten.<sup>35</sup>

Menschen flüchten nicht freiwillig, sondern sind durch äußere Umstände dazu gezwungen. Dazu gehören Begründete Furcht vor Ermordung, Inhaftierung, Folter, Vergewaltigung oder Versklavung. Nicht unter den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention fallen jedoch Menschen, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen ihr Heimatland verlassen müssen, da sie etwa von Umweltkatastrophen oder Hungersnöten bedroht sind.

Als AsylwerberInnen bezeichnet man jene Menschen, die in einem fremden Land um Asyl, also um Aufnahme und Schutz vor Verfolgung angesucht haben und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Im Asylverfahren entscheidet sich, ob die asylsuchende Person die Kriterien erfüllt, die notwendig sind, um internationalen Schutz zu erhalten. Wer einen positiven Asylbescheid bekommt, wird als anerkannter Flüchtling oder Asylberechtigter bezeichnet, darf dauerhaft in Österreich bleiben und erhält einen Konventionspass. Anstelle der Anerkennung als Flüchtling kann auch subsidiärer Schutz gewährt werden. Das bedeutet: Obwohl die Person die Kriterien eines Flüchtlings gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention nicht erfüllt, darf sie in Österreich bleiben, wenn ihr Leben bei einer Rückkehr in das Herkunftsland massiv bedroht wäre (z.B. aufgrund eines bewaffneten Konflikts).<sup>36</sup>

Laut einem Bericht der Vereinten Nationen waren Ende 2014 über 59,5 Millionen Menschen weltweit von Flucht und Verfolgung betroffen, ein Rekordhoch seit Ende des zweiten Weltkriegs. Sie wurden auf Grund ihrer Religion, Herkunft oder politischen Ansicht vertrieben oder mussten wegen Katastrophen und Nöten ihre Heimat verlassen. Mit Stand Mitte 2015 flohen die meisten Menschen aus Syrien (4,2 Mio.), Afghanistan (2,6 Mio.), Somalia (1,1 Mio.), wobei der Großteil in Flüchtlingslager in benachbarten Staaten Schutz sucht: Türkei (1,84 Mio.), Pakistan (1,5 Mio.), Libanon (1,2 Mio.), der Iran (982.000),

---

<sup>34</sup> Stand: 28.01.2016.

<sup>35</sup> Vgl. United Nations Treaty Collection, Chapter V, Refugees and stateless Persons: [https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsII.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=V-2&chapter=5&Temp=mtdsg2&lang=en](https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsII.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=V-2&chapter=5&Temp=mtdsg2&lang=en), 18.01.2016.

<sup>36</sup> Vgl. Flucht und Asyl in Österreich – die häufigsten Fragen und Antworten (2015): [http://www.lsr-stmk.gv.at/cms/dokumente/10101498\\_360986/4b8aa8cd/UNHCR\\_QA\\_2015\\_FINAL.pdf](http://www.lsr-stmk.gv.at/cms/dokumente/10101498_360986/4b8aa8cd/UNHCR_QA_2015_FINAL.pdf). S. 17, 18.01.2016.

Äthiopien (702.500) und Jordanien (664.100) sind mit den meisten Flüchtlingen konfrontiert.<sup>37</sup>

Im Vergleich zu den unmittelbaren Nachbarländern von Krisen- und Konfliktregionen nehmen Österreich und die EU nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Flüchtlingen auf. Nach Schätzungen von UNHCR lebten Mitte 2014 rund 55.600 anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte in Österreich.<sup>38</sup> Bis Ende 2015 gab es in Österreich rund 90.000 neue Asylanträge.<sup>39</sup> Die meisten Asylanträge stellen Menschen aus Afghanistan, Syrien, Irak, Iran und Pakistan. Setzt man die Zahl der Asylanträge in Relation zur Einwohnerzahl Österreichs, machen Asylsuchende etwa 1,1 % Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Seit 1999 wurden in Österreich insgesamt 329.651 Asylanträge eingereicht (ohne 2015). Nur in den Jahren 1968 und Mitte der 1950er Jahre kamen mehr Flüchtlinge als 2015 nach Österreich: So kamen in den Jahren 1956/1957 rund 180.000 Flüchtlinge aus Ungarn nach Österreich, nachdem die Sowjetunion den ungarischen Volksaufstand niedergeschlagen hatte. 1968 versorgte Österreich etwa 162.000 Flüchtlinge aus der damaligen Tschechoslowakei, nachdem die Truppen des Warschauer Pakts dort einmarschierten.<sup>40</sup>

Asyl ist ein Menschenrecht. Auch wenn die Stellung von Flüchtlingen in der Genfer Flüchtlingskonvention klar definiert ist, erweist sich ihre Situation in der Praxis als sehr schwierig. Wenn Menschen ihre Verfolgung und Bedrohung glaubhaft machen können, besteht grundsätzlich das Recht auf Asyl. Tendenziell werden die Voraussetzungen für die Asylgewährung in Europa jedoch zunehmend eingeschränkt und immer komplexer.

In Österreich haben AsylwerberInnen keinen Anspruch auf bedarfsorientierte Mindestsicherung, sondern werden im Rahmen der Grundversorgung<sup>41</sup> mit dem Notwendigsten (Unterkunft, Nahrung, Kleidung, medizinische Versorgung, Schulbedarf)

---

<sup>37</sup> Vgl. UNHCR Mid-Year Trends (2015):

[http://www.unhcr.at/fileadmin/user\\_upload/dokumente/06\\_service/zahlen\\_und\\_statistik/Mid-Year\\_Trends\\_2015.pdf](http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/06_service/zahlen_und_statistik/Mid-Year_Trends_2015.pdf), 28.01.2016.

<sup>38</sup> Vgl. Flucht und Asyl in Österreich – die häufigsten Fragen und Antworten (2015): [http://www.lsr-stmk.gv.at/cms/dokumente/10101498\\_360986/4b8aa8cd/UNHCR\\_QA\\_2015\\_FINAL.pdf](http://www.lsr-stmk.gv.at/cms/dokumente/10101498_360986/4b8aa8cd/UNHCR_QA_2015_FINAL.pdf), S. 11, 18.01.2016.

<sup>39</sup> Vgl. BFA Jahresbilanz (2015): [http://www.bfa.gv.at/bmi\\_docs/1794.pdf](http://www.bfa.gv.at/bmi_docs/1794.pdf), 28.01.2016.

<sup>40</sup> ÖIF Fact Sheet 16: Aktuelles zu Flucht und Asyl, <http://www.integrationsfonds.at/news/detail/article/fact-sheet-16-aktuelles-zu-flucht-und-asyl/>, 21.01.2016.

<sup>41</sup> Vgl. Häufig gestellte Fragen (FAQs) zur Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in Niederösterreich: <http://www.noel.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Soziale-Dienste-Beratung/Fluechtlingshilfe/FAQ-zur-Grundversorgung-.print.html>, 18.01.2016.

versorgt. Innerhalb der ersten Monate nach Asylantragstellung unterliegen Asylsuchende einem totalen Beschäftigungsverbot. Erst drei Monate nach der Zulassung zum Asylverfahren können sie theoretisch eine Beschäftigungsbewilligung erhalten. Dies ist in der Praxis für Asylsuchende jedoch nahezu unmöglich, da sie auch dann in der Regel lediglich kurzfristig als ErntehelferInnen oder als Saisonarbeitskräfte zugelassen oder für die gemeinnützige Arbeit eingesetzt werden.

ExpertInnen kritisieren die Asylverfahren in Österreich vehement. So beanstandet z.B. Herbert Langthaler von der „asylkoordination Österreich“<sup>42</sup>, dass AsylwerberInnen zumeist weit außerhalb von größeren Städten, in entlegenen Regionen untergebracht werden. Dies führt nicht nur zur sozialen Isolierung der Menschen, es erschwert ihnen auch den Zugang zu ÜbersetzerInnen, ÄrztInnen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Institutionen und NGOs.

## 4. Menschenrechte

*Genauso wie das Recht auf Asyl ist auch Inklusion ein Menschenrecht. „Inklusion ist nicht nur eine gute Idee, sondern ein Menschenrecht. Inklusion bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion unmittelbar verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Damit ist Inklusion sowohl ein eigenständiges Recht, als auch ein wichtiges Prinzip, ohne dessen Anwendung die Durchsetzung der Menschenrechte unvollständig bleibt.“<sup>43</sup>*

Menschenrechte sind universell, egalitär und unteilbar. Die international maßgebliche Quelle für den Gehalt und Bestand der Menschenrechte ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen<sup>44</sup> aus dem Jahre 1948. Diese bildet einen wesentlichen Referenzpunkt, ist jedoch nicht unmittelbar bindend. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurden 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und 10 Jahre später von den ersten Staaten ratifiziert, ersterer von mittlerweile 168 Staaten,

---

<sup>42</sup> Vgl. Herbert Langthaler, Karin Sohler, Selma Muhić Dizdarević, Helene Trauner: Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU. (2009) Forschungsbericht. Verfügbar unter: [http://www.asyl.at/projekte/node/synthese\\_casestudies.pdf](http://www.asyl.at/projekte/node/synthese_casestudies.pdf), 18.01.2016.

<sup>43</sup> Online-Handbuch Inklusion als Menschenrecht: <http://www.inklusion-als-menschenrecht.de>, 19.01.2016.

<sup>44</sup> Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: [http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR\\_Translations/ger.pdf](http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf), 19.01.2016.

der zweite von 164.<sup>45</sup> Sie sind für alle Mitgliedstaaten, die sie ratifiziert haben, bindendes Recht. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl von Konventionen, die den Schutz spezifischer Menschenrechte eingehend regeln, wie die Genfer Flüchtlingskonvention und die Kinderrechtskonvention. In Europa ist dies die „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“,<sup>46</sup> die sog. Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), sowie innerhalb der EU die Charta der Grundrechte der Europäischen Union<sup>47</sup>.

## 4.1. Menschenrechtsbildung

Ziel der Menschenrechtsbildung ist es, Wertschätzung für sich und andere sowie Gefühle des Vertrauens und der sozialen Toleranz zu fördern. Das Handbuch „Compasito – Menschenrechtsbildung für Kinder“<sup>48</sup> beschreibt in diesem Zusammenhang drei Lernfelder, die zusammenwirken:

- Wissen – Lernen über Menschenrechte
- Einstellung – Lernen durch Menschenrechte
- Fähigkeiten – Lernen für die Menschenrechte

Die Erweiterung von Wissen und Fähigkeiten sowie die Reflexion der eigenen Einstellungen zu all den oben genannten Themenbereichen sind auch Ziele der Schulworkshops im Rahmen des Projekts „ZusammenReden“<sup>49</sup>.

---

<sup>45</sup> Stand: 28.01.2016.

<sup>46</sup> Vgl. Europäische Menschenrechtskonvention: <http://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/005>, 19.01.2016.

<sup>47</sup> [http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf), 28.01.2016.

<sup>48</sup> Vgl. Compasito – Menschenrechtsbildung für Kinder: <http://www.compasito-zmrb.ch/compasito/grundlagen/menschenrechtsbildung/>, 19.01.2016.

<sup>49</sup> Projekt ZusammenReden: <http://www.zusammenreden.net>, 19.01.2016.